



Heidelberger Deklaration der 3. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle am 07. und 08. Dezember 2005

Die gegenwärtige Situation bzgl. der Tabakrauchbelastung von Nichtrauchern in Deutschland ist völlig inakzeptabel. Jährlich viele Tausend Todesopfer und zusätzlich ungezählte Kranke aufgrund des Passivrauchens Zuhause, am Arbeitsplatz, in öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln sowie in der Gastronomie können nicht länger hingenommen werden.

Daher fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 3. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle nachdrücklich:

1. ein umfassendes Bundesgesetz zur Gewährleistung u. a. rauchfreier öffentlicher Einrichtungen/Verkehrsmittel und rauchfreier Arbeitsplätze sowie eine umfassende, bundesweite und nachhaltige Informationskampagne zu den Gefahren des Passivrauchens. Diese Maßnahmen würden endlich dazu beitragen, dass die Zahl der Passivrauchopfer in Deutschland drastisch gesenkt wird. Hier ist die Politik gefordert.

Außerdem fordern die Teilnehmer der 3. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle für die laufende Legislaturperiode:

2. weitere Tabaksteuererhöhungen und gleiche Besteuerung von Tabakwaren aller Art auf dem Steuerniveau von Fabrikzigaretten
3. ein umfassendes Tabakwerbeverbot (einschließlich der Umsetzung der EU-Richtlinie zu Tabakwerbung und zum Sponsoring)
4. Abschaffung aller Zigarettensautomaten und Lizensierung der Verkaufsstellen für Tabakprodukte
5. Novellierung des Jugendschutzgesetzes mit der Anhebung der Altersgrenze von 16 auf 18 Jahre für die Abgabe von Tabakprodukten und für das Rauchen in der Öffentlichkeit
6. Anerkennung der Tabakabhängigkeit als behandlungsbedürftige Suchterkrankung und der Abrechnungsfähigkeit ihrer Therapie

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern staatliche und nicht-staatliche Organisationen sowie Einzelpersonen auf, keine Zuwendungen von der Tabakindustrie und ihr nahe stehende Institutionen anzunehmen.

Heidelberg, 8. Dezember 2005